

Herausforderungen im EU-Erweiterungsprozess

Festvortrag von Norbert Glante, MdEP

In seinem Festvortrag referierte der brandenburgische Abgeordnete im Parlament der Europäischen Union, Herr Norbert Glante, über den EU-Erweiterungsprozess unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses Polen-Deutschland.

Einleitend erinnerte er an den Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen vor 67 Jahren, am 1. September 1939. Dabei habe Deutschland in einer unheiligen Allianz mit der Sowjetunion Stalins dafür gesorgt, dass Polen als souveräner Staat von der Landkarte verschwand. Noch 61 Jahre und drei Generationen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sei dies ein nationales Trauma in Polen. Er mahnte, dass jeder Deutsche dies bei der Kommentierung aktueller Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Polen im Bewusstsein haben sollte und nicht vergessen darf, dass nicht zuletzt auch Dank der Polen Deutschland nach 40 Jahren seit nunmehr 16 Jahren wieder vereinigt ist. Herr Glante verwies darauf, dass es zurzeit eine ganze Reihe von Ereignissen und Streitpunkten im Verhältnis zwischen Polen und Deutschland gäbe, welche aber vorübergehende Irritationen wären, die früher oder später vergessen sein würden. Es lohne sich immer, den Blick nach vorn zu wenden, anstatt in der Vergangenheit stecken zu bleiben.

Herr Glante erinnerte daran, dass die Verbesserung des Klimas zwischen Deutschland und Polen jeder Regierung ein wichtiges Anliegen sein muss. Seit dem Kniefall Willy Brandts in Warschau sei hier auch viel geschehen und Polen habe sich auf den langen Weg von Ost nach

West gemacht. Dabei gäbe es vor allem seit dem Beitritt Polens zur EU 2004 eine Ebene der Kontakte zwischen Deutschen und Polen. Im täglichen Grenzverkehr jenseits und diesseits der Oder treffen seit Jahren Deutsche und Polen aufeinander und leisteten eine konstruktive und zukunftsweisende Arbeit.

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit verwies Herr Glante darauf, dass im Jahre 2004 der Anteil des Außenhandels Polens mit Deutschland 28,9 % betrug und sich der Außenhandel Brandenburgs nach der EU-Osterweiterung außerordentlich gut entwickelt hätte. Die Kontakte von Brandenburger Firmen nach Polen seien dabei im ersten Jahr nach dem Beitritt um 10 %, der Außenhandel von Brandenburg nach Polen ist 2004 überproportional um 22,7 % gewachsen. Vergleichsweise hätte das Wachstum in den EU-Ländern insgesamt 8,2 % betragen. Polen liege jetzt zusammen mit den USA an erster Stelle der Exportländer. Jeder 10. Euro, den Brandenburger Firmen heute im Ausland verdienen, stamme aus dem Nachbarland Polen, das sei rund viermal so viel wie im deutschen Durchschnitt. Die Wirtschaftsverflechtungen würden weiter wachsen. Herr Glante demonstrierte, dass allein im Bereich der EU-Umweltrichtlinien für Polen ein Investitionsbedarf von fast 50 Mrd. Euro bestehen würde. Die Einfuhr aus Polen sei um 15 % gewachsen, in die anderen EU-Länder hätte Polen um 10,5 % mehr investiert. Bei der Einfuhr nach Brandenburg liege der Anteil Polens mit 11 % an zweiter Stelle, nach Russland

mit 38,2 %, aber weit vor dem drittplatzierten Frankreich mit 5,8 %. Im Bereich des IHK-Bezirks Frankfurt (Oder) hätten sich im Jahr 2004 und im Jahr 2005 94 polnische Firmen angesiedelt.

Herr Glante gab einen Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit an einem aktuellen Beispiel für die Grenzregion. Dort wären die Länder Brandenburg und Sachsen sowie die angrenzenden polnischen Wojewodschaften Lubuskie, Wielkopolskie und Dolnoslaskie und die tschechischen Bezirke Liberec, Usti und Karlovy Vary dabei, im Rahmen des INTERREG-Projekts 3-CIP „Drei-Länder-Innovationsoffensive“ einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu entwickeln. Im Rahmen der Strukturförderung habe es in der Vergangenheit sehr erfolgreiche Twinning-Projekte¹ in Polen mit engagierter Unterstützung durch die Brandenburgische Landesregierung gegeben. Herr Glante machte deutlich, dass Brandenburg damit einen Betrag geleistet hätte, um unsere polnischen Nachbarn auf die EU und auch auf die neue EU-Förderperiode 2007 - 2013 vorzubereiten. In dieser werden 14,3 Mrd. Euro für die ostdeutschen Bundesländer insgesamt bereit gestellt, wobei Brandenburg statt der bisher 3,1 Mrd. Euro in der neuen Förderperiode 1,9 Mrd. Euro erhalten würde. Polen erhält aus den EU-Struktur- und Kohäsionsfonds in den Jahren 2007 - 2013 voraussichtlich 60 Mrd. Euro. In diesem Rückgang der Mittel für Brandenburg drücke sich in gewisser Weise die Solidarität mit Polen aus,

wobei dies für die anderen Bundesländer ebenso gelten würde.

Herr Glante machte im Weiteren deutlich, dass seit dem EU-Beitritt im Mai 2004 polnische Selbstverwaltungen, Unternehmen und andere Organisationen bereits 5,5 Milliarden Zloty (1,4 Mrd. €) EU-Fördermittel erhalten hätten. Den größten Vorteil aus der EU-Förderung würden Unternehmen, Selbstverwaltungen und andere nicht-staatliche Organisationen ziehen. Weniger günstig sähe es dagegen in der staatlichen Verwaltung aus. In die Einrichtungen im Bereich des Transportministeriums seien z. B. bisher für Maßnahmen der Instandsetzung von Straßen und Bahnstrecken erst weniger als ein Prozent der von Brüssel dafür zur Verfügung gestellten 1,1 Mrd. Euro geflossen. Mehr als 90 Mio. Euro, die für IT-Maßnahmen wie elektronische Steuererklärung und ein neues Personen-Identifikationssystem vorgesehen sind, würden aufgrund von Verzögerungen im Finanz- bzw. Innenministerium ungenutzt warten. Die Europäische Kommission und das Ministerium für Regionalentwicklung würden vor einem Verlust von Millionen und Abermillionen von Fördergeldern warnen, wenn die genannten Projekte des Straßen- und Eisenbahnbaus sowie der Informationstechnologie nicht termingerecht in Angriff genommen werden. Auch Premier Kaczyński hätte jüngst eine „schwarze Liste“ von Institutionen vorgestellt, die zeige, wer das Management der EU-Fördermittel ungenügend beherrsche.

¹ Im Zuge der EU-Erweiterung hat man sich überlegt, dass die Mitgliedstaaten den Beitrittskandidaten helfen sollen, den allgemeinen Standard in der Europäischen Union zu verwirklichen. Dafür werden Verwaltungshilfen angeboten, indem Mitgliedstaaten zu den Neuen kommen und ihnen erklären, wie sie diesen Standard am besten erreichen können. – A.d.R.

Im Weiteren führte Herr Glante aus, dass im Zusammenhang mit der Dienstleistungsrichtlinie in Deutschland die Diskussion über den Mindestlohn in Gang gekommen sei.

Luxemburg habe das höchste Pro-Kopf-Einkommen in der EU und mit 1 503 Euro den höchsten Mindestlohn und zugleich mit 18 % den größten Anteil der Arbeitnehmer, die Mindestlohn erhalten. Im Vergleich dazu liege der Mindestlohn in Polen bei 234 Euro, den 4,5 % aller Arbeitnehmer erhalten. In Großbritannien erhalten 1,4 % aller Arbeitnehmer einen Mindestlohn, der durchschnittlich bei 1 269 Euro liegt. Keinen gesetzlichen Mindestlohn dagegen gäbe es in Österreich, Zypern, Dänemark, Finnland, Deutschland, Italien und Schweden.

In seinen weiteren Ausführungen stellte Herr Glante heraus, dass in Deutschland das öffentliche Vermessungswesen eine besondere Stellung im Dienstleistungsbereich hätte. Die staatliche Vermessungsverwaltung arbeite gesetzlich abgesichert traditionell gut mit den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren zusammen. Ihre öffentliche Aufgabe und Zulassung sei ähnlich geregelt wie beim Notarberuf. Grundsätzlich gelte, dass es jedem Staat in eng begrenzten Fällen freisteht, bestimmte Tätigkeiten durch eigene Behörden ausführen zu lassen oder Unternehmen mit diesen zu beauftragen. Grundsätzlich sollten jedoch wirtschaftliche Tätigkeiten nach Möglichkeit staatsfrei gestaltet werden. Von vornherein bleibe also so nur ein sehr enger Bereich originär hoheitlicher Aufgaben.

Hinsichtlich der deutschen Sicht der Dienstleistungsfreiheit und der uneinge-

schränkten Arbeitnehmerfreizügigkeit, so Herr Glante, werde auf deutscher Seite als Vorteile der EU-Osterweiterung die Dynamik auf den Exportmärkten, die für Deutschland positiv ausfallende Bilanz im Handel mit Polen und die Impulse für deutsche Unternehmen in den neuen EU-Staaten gesehen. Von der EU-Erweiterung hätten vor allem technologisch fortgeschrittene und kapitalintensive Branchen profitiert. Andere Wirtschaftsbereiche, die durch hohe Arbeitskostenanteile und unterdurchschnittliche Qualifikationen gekennzeichnet seien, seien allerdings unter Anpassungsdruck auf dem Heimatmarkt geraten. Dies träfe insbesondere die Unternehmen, die sich nicht rechtzeitig auf die Erweiterung eingestellt hätten. Aus deutscher Perspektive seien die politischen Übergangsmaßnahmen mit einer max. 7 jährigen Übergangszeit ausreichend und angemessen.

Herr Glante zeigte auf, dass sich aus polnischer Perspektive die vor dem 1. Mai 2004 befürchteten negativen Szenarien nicht erfüllt hätten. Die Situation auf den Arbeits- und Dienstleistungsmärkten in Polen und Deutschland wird als Beweis angeführt und auf das ausgebliebene Phänomen des Sozialtourismus sowie die geringe Höhe der Arbeitnehmermigration hingewiesen. Untersuchungen der deutschen Botschaft in Polen hätten ergeben, dass in Deutschland sogar weniger polnische Arbeitskräfte als deutsche in Polen arbeiten, ausgenommen die Saisonarbeiter. Die meisten polnischen Arbeitskräfte seien darüber hinaus in den alten, nur wenige in den neuen Bundesländern tätig, wenngleich die Befürchtungen hier besonders groß gewesen wären.

Hinsichtlich der Problematik auf dem Arbeitsmarkt und der Arbeitsmigration legte Herr Glante dar, dass sich die 15 Staaten der EU, mit Ausnahme Großbritanniens, Irlands und Schwedens, dazu entschieden hätten, ihre Türen für Arbeitnehmer aus acht der zehn neuen EU-Mitgliedsländer, welche 2004 der EU beitraten, geschlossen zu halten (gilt nicht für Zypern und Malta). Das so genannte „2+3+2“-System ermögliche es den Mitgliedstaaten, in der Übergangszeit den Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Großbritannien, Irland und Schweden hätten ihre Arbeitsmärkte für Arbeitnehmer aus MOE bereits nach deren Beitritt im Mai 2004 geöffnet. Finnland, Spanien, Portugal, Griechenland und jetzt auch Italien hätten die Übergangsregelungen nach der ersten Zweijahresfrist am 1. Mai 2006 aufgehoben, wohingegen Frankreich beschlossen habe, diese in einer über mehrere Jahre verlaufenden Übergangsphase auslaufen zu lassen. Alle übrigen EU-Länder müssten spätestens am 1. Mai 2011 ihre Arbeitsmärkte öffnen, wenn die maximale Übergangsphase bezüglich der Freizügigkeit für Arbeitnehmer ausläuft.

Die britische Zeitung „The Times“ meldete dazu am 22. August 2006:

Großbritannien hat seit 2004 aus den EU- Beitrittsländern Osteuropas 427 000 Arbeitsuchende (davon 240 000 Polen) aufgenommen. Geschätzt wurden offiziell ursprünglich 5 000 bis 13 000 Zuwanderer aus Osteuropa.

Selbständige aus den Bereichen Elektriker, Klempner und aus dem Baugewerbe würden bei den 427 000 Arbeitsmigranten noch gar nicht mitgezählt. Diese Zuwanderung habe in Großbritannien für

ökonomisches Wachstum und zusätzliche Steuereinnahmen gesorgt. Die Einwanderung sei also ein Erfolg. Mit Blick auf die Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien würde allerdings vor weiteren Zuwanderern gewarnt.

Herr Glante machte deutlich, dass Deutschland im Länderranking an der Spitze stehen würde. Obwohl hier der Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer aus den 10 EU-Beitrittsstaaten noch nicht liberalisiert wäre, habe mit 322 000 in Deutschland an Polen im Jahr 2005 erteilten Arbeitsgenehmigungen die Bundesrepublik das größte Kontingent polnischer Arbeitsemigranten. Auch wenn ca. 90 % der ins EU-Ausland vermittelten polnischen Arbeitskräfte nach Deutschland kommen würden, wären dies jedoch zum größten Teil Saisonarbeiter. In der ersten Hälfte des Jahres 2005 hätte ihr Anteil 91,62 % betragen. Herr Glante erörterte, dass die Warschauer Regierung nicht an der Emigration polnischer Arbeitskräfte interessiert sei, da die polnische Wirtschaft angesichts eines Wirtschaftswachstums von 5 % ihre qualifizierten Arbeitskräfte selbst brauchte. Polnischen Firmen fehlen inzwischen Fachkräfte, so dass sie Aufträge nicht ausführen könnten. Zwei Millionen Auswanderer gäbe es seit dem EU-Beitritt. Dies hätte zur Folge, dass die Löhne in Polen steigen, um Arbeitskräfte zu binden. Die Regierung hole ihrerseits vor allem ukrainische Arbeitskräfte ins Land. Im Juli 2006 seien die Einkommen für Arbeitnehmer in Unternehmen mit mehr als neun Beschäftigten um 0,9 % gegenüber dem Juni und um 5,6 % gegenüber Juli 2005 gestiegen. Im Juli 2006 hätte der Durchschnittsbruttolohn 2 648 PLN (672 €) betragen.

Den Ausführungen von Herrn Glante war im Weiteren zu entnehmen, dass viele im Ausland arbeitende Polen sich bei den Heimatbehörden abgemeldet hätten, um zu vermeiden, dass ihr bereits z.B. in Großbritannien versteuertes Einkommen auch in Polen, wo zudem höhere Steuersätze gelten, steuerpflichtig sei. Um die Abwanderung einzudämmen, habe die polnische Regierung jetzt die Doppelbesteuerung aufgehoben. Die meisten Polen wären über die Tatsache verärgert, dass ein Teil der Bevölkerung ihr Land verlässt, um im Ausland zu arbeiten. Andererseits sehen sie ein, dass junge Menschen die Möglichkeiten, eine gut bezahlte Arbeit zu finden, nutzen wollten. Die größte Sorge der breiten Öffentlichkeit wäre, so Herr Glante, dass Migration die Einheit der Familie zerstören könnte, sobald eine Person der Familie Polen verlässt, um in einem anderen Land zu arbeiten und der Rest in Polen bliebe. Es gäbe ganze Städte und Dörfer, in denen die Kinder überwiegend von den Großeltern aufgezogen würden, weil die Mutter dem Vater oft ins Ausland folgt, wobei die Kinder zu Hause blieben.

Hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitslosenquote in Polen konnte Herr Glante berichten, dass diese seit 2004 deutlich gesunken sei. So habe die Quote Ende 2003 bei 20 %, Ende 2004 bei 19 % und Ende 2005 bei 17,6 % gelegen. Die diesjährige Juni-Arbeitslosenquote liege bei 16,0 %. Zunehmend gäbe es aber auch deutsche Arbeitsemigranten. So arbeiten beispielsweise über 40 000 Deutsche – überwiegend aus Ostdeutschland – in Österreich, hauptsächlich im Bereich der Gastronomie.

Bei der Frage, wie es mit der EU-Erweiterung weitergehe, stellte Herr Glante klar, dass es für die weiteren Mitglieder klare Bedingungen geben müsste. Insbesondere komme der Vertiefung und dem Konsens über das Gesellschaftsmodell der EU eine besondere Bedeutung zu. Herr Glante sprach sich dabei für eine privilegierte Partnerschaft sowie eine enge Kooperation als Alternative zur Vollmitgliedschaft der Türkei, Bulgariens und Rumäniens aus.

Als Resümee seines Vortrags betont Herr Glante, dass die EU-Erweiterung – bei allen institutionellen Schwierigkeiten (z.B. nicht abgeschlossener Verfassungsprozess!) – für alle Beteiligten ein Erfolg sei. Als Beispiel verwies er dabei darauf, dass ganze Bevölkerungsgruppen in Polen ihre Meinung über die Europäische Union grundlegend geändert hätten, vor allem die vor dem Beitritt sehr europaskeptischen polnischen Bauern. Diese seien ein gutes Beispiel dafür, wie integrierend wirtschaftlich vorteilhafte Entwicklungen in Europa wirke. Neben den wirtschaftlichen Erfolgen verlaufe zunehmend auch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt positiv.

In seinem Schlusswort machte Herr Glante deutlich, dass Europa eine gute Verfassung brauche, um alle Zukunftsfragen zu bewältigen. Der Prozess des Zusammenwachsens in Europa sei allerdings ein Prozess mit durchaus offenem Ergebnis. Die Zukunft würde zeigen, ob es eine, sich weiter auch politisch integrierende EU geben wird oder ob Europa ökonomisch ein Riese bleiben würde und politisch ein Zwerg sein wolle, in einzelstaatliche Interessen aufgesplittert und als EU tendenziell nach außen handlungsunfähig.

(Steffi Szazewitz, LGB)